



# Statt Hochrüstung brauchen wir höhere Löhne und mehr Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Soziales!

Die Politik der Bundesregierung zeigt, dass Opposition gegen das Heizungsgesetz, die Kürzung der Kindergrundsicherung oder die zahlreichen Hochrüstungspakete dringend nötig ist. Eine echte Opposition muss mit dem deutschen Aufrüstungs- und NATO-Kriegskurs brechen und die Festung EU-Europa bekämpfen. Die EU ist ein imperialistisches, militaristisches und anti-soziales Regierungsbündnis und in ihrer bestehenden Form nicht reformierbar. Die Völker Griechenlands, Portugals, Italiens haben in der Euro-Krise erfahren müssen: Ein solidarisches Europa geht nur ohne EU.

Die Völker der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion, wie z.B. die Ukraine und die Russländische Föderation haben in den Farbrevolutionen und Kriegen der letzten Jahrzehnte erfahren müssen: Ein solidarisches Europa geht nur ohne die NATO. Die akute Gefahr des Atomkriegs und das alte Problem der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch Krieg und Umweltzerstörung erfordert Kooperation statt Konfrontation!



**Durch Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen werden keine Menschenleben in der Ukraine gerettet und kein Krieg beendet. Sie dienen dazu, den Krieg der NATO gegen Russland in die Länge zu ziehen. Verhandlungen werden vom „Wertewesten“ verhindert, der Krieg eskaliert. Eine Eskalation, die in letzter Konsequenz in den Atomkrieg führen kann. Das Ziel ist es, die Russländische Föderation in ihrer staatlichen Souveränität zu schwächen, ökonomisch zu ruinieren und zu einem billigen Rohstofflieferanten für westliche Konzerne zu machen. Das nennen wir Imperialismus. Die Länder, die sich an der Seite von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) gegen die imperialistischen Großmächte um die NATO- und G7- Staaten organisieren, profitieren von dem Spielraum, den die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China schafft. Nicht mehr die Weltmacht USA und ihre imperialistischen Verbündeten bestimmen die Geschichte der Welt: Die abhängigen Länder werden immer selbstbewusster, in Afrika beobachten wir zur Zeit eine neue Welle der antikolonialen Befreiung. Wenn Frankreich, die USA und ihre Verbündeten offen mit einer „militärischen Intervention“ im**

Wer den Kriegskurs der Bundesregierung kritisiert, wird schnell in die rechte Ecke gestellt und hat vielleicht auch eine Klage am Hals.

“Wir leben in schwierigen Zeiten”, so Michael Lüders, der als Nachfolger von Peter Scholl-Latour von 2015 bis 2022 Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft war, in seinem Plädoyer für Diplomatie statt Waffen: “Da kann schon ein falsch betontes Adjektiv dazu führen, dass man outgesourced wird als vermeintlicher Querdenker oder Putin-Freund oder wie auch immer”.

Mit der Gesetzesänderung des § 130 wollen die Herrschenden und Kriegsgegnern den Mund verbieten. Dagegen haben Wera Richter und Patrik Köbele zusammen mit dem Münchner Anwalt Ralf Hohmann für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

**Niger drohen, setzen sie auf das imperialistische Recht des Stärkeren, mit der sie zusammen mit der Bundeswehr Jugoslawien überfallen haben. Im Gegensatz zur Sprachregelung gegenüber Russland, spricht hier niemand von einem „Angriffskrieg“. Während die Regierung hierzulande Kriegsgegner kriminalisiert, paktiert sie mit Staaten, die mit militärischem Überfall drohen, um ihre Profite zu sichern. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schreibt in seinem Aufruf zum Anti-Kriegs-Tag am 1. September: „Die Zahl unmittelbar einsatzfähiger Nuklearsprengköpfe steigt immer weiter. Gleichzeitig nehmen die Ausgaben für atomare Aufrüstung aberwitzige Ausmaße an und lagen allein im letzten Jahr bei rund 77 Milliarden Euro.“**

**Das Ignorieren der Interessen der Bevölkerung und ihrer Versorgung ist im Kapitalismus notwendig, um Profite einzufahren und wird von den Herrschenden planmäßig durchgeführt: Jährlich 400.000 neue Wohnungen (100.000 davon Sozialwohnungen!) hatte die Ampel in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen. Dafür fehlen jetzt die Mittel. Der Etatentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit für 2023 umfasst Ausgaben von 22,06 Milliarden Euro gegenüber 64,36 Milliarden Euro im letzten Jahr. Eine Kürzung auf ein Drittel!**

Der DKP-Parteivorsitzende musste sich letztes Jahr sogar für seine Aussage “Gäbe es die Sowjetunion noch, gäbe es diesen Krieg nicht” rechtfertigen. Die Berliner Polizei behauptete, er rechtfertige den Ukraine-Krieg. Diesem Vorwurf steht die historische Wahrheit entgegen: Die Sowjetunion war ein Friedensstaat, der den Faschismus besiegte und die Befreiung vieler Länder vom kolonialen Joch ermöglichte.

Sie machte die Vision des friedlichen Zusammenlebens der Menschen unterschiedlichster Nationalitäten und Völker in einem Staat zur Realität. Heute erleben wir, wie Nationalismus und Chauvinismus genutzt werden, um Menschen gegeneinander zu hetzen. Die deutsche Außenpolitik fördert nationalistische Bestrebungen in Osteuropa und auf dem Balkan nach dem Prinzip “Teile und Herrsche”.

**Wer Krieg in Europa verhindern will, muss für Abrüstung statt Aufrüstung eintreten.**

**Denn Waffen und Kampfsysteme lassen sich teuer verkaufen und auch beim Wiederaufbau werden riesige Summen umverteilt. Die Regierungen des NATO-Kriegsbündnisses haben sich auf einen langen Krieg eingestellt, um die Profite der Rüstungsindustrie zu steigern. An die SPD-Lüge keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, will sich niemand mehr erinnern.**

**Dagegen braucht es Opposition. Doch von den sogenannten Oppositionsparteien ist leider nichts zu erwarten: Immer mehr Mandatsträger der Linkspartei haben kein Problem mit Waffenlieferungen an die Ukraine, manche stimmen mit dem Kanzler ein und wollen die Ukraine gegen den "russischen Imperialismus" rüsten. Die nationalistische und rassistische AfD tut nur so, als wenn sie gegen Waffenexporte sei, da sie sich Sorgen um die "Verteidigungsfähigkeit" Deutschlands macht.**

**Vor dem größten Aufrüstungsprogramms der deutschen Geschichte, welches die Ampel-Parteien zusammen mit der CDU-CSU letztes Jahr durchs Parlament gedrückt haben, ist diese Sorge vorgeschoben. Angesichts der Krise der Linkspartei will sich die AfD als neue Friedenspartei inszenieren. Doch genaues Zuhören und ein Blick in ihre Programm helfen: Die AfD will die NATO stärken und Deutschland aufrüsten.**

**Hauptursache des sozialen Kahlschlags in Deutschland ist der Wirtschaftskrieg gegen Russland. Wir Kommunistinnen und Kommunisten stehen für konsequente Friedenspolitik. Wir fordern Deutschlands Austritt aus der NATO, Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und diplomatische Initiative für ein System der kollektiven Sicherheit unter Einbeziehung Russlands. Doch das wird es mit den etablierten Parteien nicht geben. Wir wollen eine breite soziale und Friedensbewegung aufbauen.**

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist die Selbstorganisation der lohnabhängigen Bevölkerung gegen das Großkapital, ihren Staat und die Monopol-Medien. Wir stehen ein für die Einheit der Linken und eine Friedensbewegung ohne Ausgrenzung. Wollen wir den Rechtsruck der Herrschenden eindämmen, müssen wir die Gewerkschaften wieder zu schlagkräftigen Organisationen machen, um allen die mit der Politik der etablierten Parteien nichts anfangen können, eine Stimme zu geben.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) ist eine Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studentinnen und Studenten, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass. Wir kämpfen für eine Welt ohne Ausbeutung und Rassismus, für eine Welt, in der die Menschen und nicht die Konzerne und Bosse das Sagen haben. Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen.